

## Dauerhafte Unterbringung der Kultur- und Kreativwirtschaft



Matthias Finken  
Fraktionsvorsitzender

Die Kultur- und Kreativwirtschaft hat in Potsdam ihren festen Platz. Die Möglichkeit der hier in Potsdam ansässigen Künstler und Kreativen, das Rechenzentrum zu nutzen ist jedoch zeitlich und – wie sich mittlerweile gezeigt hat – auch räumlich begrenzt. Aufgrund der Sanierungsziele, der Eigentumsverhältnisse und des notwendigen finanziellen Aufwands ist es notwendig, den dort arbeitenden Betrieben und Akteuren eine dauerhafte Perspektive an einer anderen geeigneten

Stelle zu eröffnen und möglichst bald zu realisieren.

Wir brauchen für die Kultur- und Kreativwirtschaft in Potsdam eine bedarfsorientierte und dauerhafte Unterbringungslösung, die so kurzfristig wie möglich realisiert werden muss. Dabei sind aus unserer Sicht unter anderem folgende Möglichkeiten mit Priorität zu prüfen:

- Realisierung einer Lösung im Langen Stall,
- Erwerb, Nutzung oder Umbau von Bundes-, Landes oder städtischen Immobilien,
- Neubau z.B. im Bereich Schiffbauergasse.

Zur Realisierung sind verschiedene – in der Praxis in anderen Städten angewandte – Finanzierungs-

und Betreibermodelle für Potsdam zu bewerten. Dabei muss die Stadt ebenfalls alle Möglichkeiten prüfen, ob eventuell Fördermittel eingesetzt werden können. Bei der Suche, Planung und Prüfung der verschiedenen Möglichkeiten ist selbstverständlich auch die Vertretung der Kultur- und Kreativwirtschaft gefragt. In den Prozess sollen sie aktiv eingebunden werden und eigene Ideen dazu entwickeln, welcher Standort möglich ist und für ihre Zwecke die besten Voraussetzungen bietet. Die Stiftung Garnisonkirche Potsdam sollte dabei immer dann einbezogen werden, wenn deren Belange und Interessen berührt werden. Viele Mieter im Rechenzentrum sind kleine Unternehmen, daher ist auch die Wirtschaftsförderung ein weiterer Partner in diesem Prozess. Aus Sicht der CDU/ANW-Fraktion soll die dauerhafte Nutzung des Rechenzentrums nicht weiter verfolgt werden.

Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist ein Wirtschaftssektor, der sich mit der Schaffung, Produktion, Verteilung und/oder medialen Verbreitung von kulturellen und kreativen Gütern und Dienstleistungen befasst. Entsprechend der Vorgaben von Bund und Land bezüglich der Kreativwirtschaft muss es Ziel der Stadt sein, sie als eigenständiges Wirtschaftsfeld und als Wachstumsbranche zu etablieren und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Dazu ist es erforderlich, die Strukturen zu erfassen, Bedarfe und Entwicklungsmöglichkeiten festzustellen sowie Ziele im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der Stadt zu definieren. Letzten Endes muss in Potsdam eine Ausgewogenheit und Chancengleichheit zwischen den verschiedenen Wirtschaftsfeldern bestehen. Unser Ziel ist eine geeignete Infrastruktur zu erreichen, wodurch die Akteure und Kleinbetriebe eine nachhaltige Perspektive erhalten und damit in der Lage sind, für ihr Unternehmen langfristig planen zu können.



Foto: Björn Gripinski | freybeuter

### Pressemitteilung

#### Verlängerung der temporären Nutzung des Rechenzentrums durch die Kultur- und Kreativwirtschaft

Eine Lösung zur dauerhaften Unterbringung der Kultur- und Kreativwirtschaft außerhalb des Rechenzentrums muss umgehend gefunden und kurzfristig realisiert werden. Aus bautechnischen und baurechtlichen Gründen ist eine Nutzungsverlängerung des Rechenzentrums zwar möglich, ein Parallelbetrieb des Garnisonkirchenturms und des Rechenzentrums kann behördlicherseits jedoch längstens nur bis 2023 geduldet werden.

Die CDU/ANW-Fraktion unterstützt eine Verlängerung der Nutzung für den Zeitraum, der

von der Stiftung Garnisonkirche mitgetragen werden kann. Die dadurch entstehenden zusätzlichen Kosten sowie die für die Stiftung Garnisonkirche entstehenden Mehrkosten müssen zunächst von der Landeshauptstadt Potsdam in Höhe von höchstens 460.000 Euro übernommen werden. Sie sollen jedoch im Rahmen der Möglichkeiten durch die Nutzermieten refinanziert werden.

Von den Mietern des Rechenzentrums und deren Vertretung wird erwartet, dass die

Sanierungsziele für die Potsdamer Mitte nicht infrage gestellt werden.

Der Vorsitzende der CDU/ANW-Fraktion Matthias Finken sagt: „Wir brauchen für die Kultur- und Kreativwirtschaft in Potsdam eine bedarfsorientierte und dauerhafte Unterbringungslösung. Es ist daher vernünftig, das Rechenzentrum befristet weiter zu nutzen, ohne jedoch die Position der Stiftung Garnisonkirche oder die Sanierungsziele für die Potsdamer Mitte infrage zu stellen.“

# CDU/ANW-Initiative umgesetzt

## Landeshauptstadt sagt dem Müll den Kampf an



Clemens Viehrig

Zunächst möchte sich die Stadtfraktion bei allen Hinweisgebern unserer letzten Ausgabe bedanken. Nur gemeinsam können wir unsere Stadt ein Stück lebenswerter machen. Auch wenn es aus dem Potsdamer Rathaus gegenüber der MAZ (Märkische Allgemeine Zeitung vom 31. August 2017) ver-

lautete, „Wir ersaufen nicht in Müll“. Es ist sicherlich nicht eines der Hauptprobleme in Potsdam, jedoch hat die Stadt erkannt, dass die Müllproblematik trotzdem sehr viele Bürger bewegt. Dies zeigen u. a. die Hinweise im Maerker-Portal. Insbesondere die Stadtfraktion ist erfreut, dass die Stadt mit der Kampagne „Unser Potsdam“, dem Müll den Kampf ansagt. Dabei setzt die Stadt vor allem auf die Vernetzung. In unserem Antrag „Sauberkeitskampagne in Potsdam“ – welcher die Initialzündung war - hieß es dazu: „Hierzu sind die verschiedenen Bereiche der Verwaltung (z. B. Abfall, Grünfläche, Ordnungsamt), die Potsdamer Wohnungsbauunternehmen sowie die stadteigenen Gesellschaften als Beteiligte einzubeziehen.“ Die Verwaltung sagt dazu in der MAZ, dass das ‚Wir‘ an dieser Stelle die Stadtverwaltung, die Wohnungsunternehmen, die städtischen Unternehmen, die Gewer-

betreibenden und die Bevölkerung meine. Alleingänge würden nichts bringen und führten sogar zur Frustration. Das sehen wir genauso und geben die Kontaktdaten von Interessenten gerne weiter. Vielen Dank an Sebastian Wicke (WS IMMOCONSULT), welcher sich nach unserer letzten Ausgabe an die Stadtfraktion gewandt hat, um sich an der Verschönerung von Stromkästen zu beteiligen. Einziger Wehrmuts-



So nicht mehr: Mit unserem Antrag für eine Sauberkeitskampagne in Potsdam wurde dem Müll der Kampf angesagt.

trophen der MAZ-Berichterstattung war, dass die Initiatoren – die CDU/ANW-Stadtfraktion – komplett vergessen wurden. Letztendlich zählt jedoch das Ergebnis und wir freuen uns über die Kampagne, die wir gerne unterstützen sowie begleiten.

Clemens Viehrig

## Saubere Hinweistafeln für lesbare Information

In Potsdam gibt es eine Vielzahl von Hinweistafeln, welche über den jeweiligen Standort berichten. Eine dieser Informationstafeln befindet sich unter anderem am Bassinplatz (zwischen Bassinplatz und Russischem Ehrenmal). Leider ist diese Tafel bereits seit längerer Zeit nicht mehr richtig lesbar, da sie durch Plakatierungen und verschiedene Verunreinigungen keine Informationen preisgeben kann. Das älteste Plakat ist bereits mehrere Monate alt. Es ist dringend erforderlich diese und möglicherweise weitere Informationstafeln wieder ihrer Bestimmung zuzuführen: der Information. Um hier Abhilfe zu schaffen, hat die Fraktion für die nächste SVV einen Antrag vorbereitet, der beinhaltet, dass die Potsdamer Informationstafeln an ihren unterschiedlichen Standorten regelmäßig gereinigt und damit wieder lesbar werden.

Clemens Viehrig

## Mehr Schulwegsicherheit an der Grundschule am Griebnitzsee und der Katholischen Marienschule

Gerade jetzt nach den Sommerferien und dem Beginn des neuen Schuljahres ist es wichtig einen genauen Blick auf die Schulwegsicherheit zu werfen. Zuletzt haben sich Eltern über die Schulwegsicherheit im Bereich der Domstraße bei der CDU/ANW-Fraktion beschwert. In Gesprächen mit der Schulleitung wurde auf deren Initiativen verwiesen. Der zielführendste Vorschlag der Schulen zur Einrichtung eines Fußgängerüberweges wurde durch den Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen abgelehnt. „Unser Antrag in der Stadtverordnetenversammlung im September fordert, dass gemein-

sam mit den Schulen geprüft wird, wie die Schulwegsicherheit am Standort der Grundschule am Griebnitzsee sowie der Katholischen Marienschule weiter erhöht werden kann. Welche Maßnahmen können sinnvoll im Rahmen des Schulwegsicherheitskonzeptes erarbeitet und umgesetzt werden?“ sagte der Vorsitzende des Ausschusses für Bildung und Sport, Clemens Viehrig. Es geht um eine Schulwegsicherung für zwei Grundschulen mit ca. 600 Kindern. Eine Möglichkeit wäre zum Beispiel die durch den Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen angeführte Poller/Wächter-Lösung.



Foto: (DPA)

Clemens Viehrig

## Kinder und Jugendliche sollen die Stadt mitgestalten

„Die Aufgabe der Umgebung ist es nicht, das Kind zu formen, sondern ihm zu erlauben, sich zu offenbaren“, meinte Maria Montessori. Der „Aktionsplan Kinder- und jugendfreundliche Kommune“ ist eine dieser Offenbarungsmöglichkeiten für junge Potsdamer. Die Ziele und Maßnahmen sind darauf ausgerichtet, Kinder und Jugendliche u.a. intensiver in städtische Bau- und Planungsprozesse einzubeziehen sowie ihnen mehr Partizipationschancen zu ermöglichen. Im politischen Wirken gilt es, die Vertreter der Kinder- und Jugendlichen verstärkt in den Ausschüssen einzubinden, zum Beispiel durch die Teilnahme der Kreisschülerräte. Gleichzeitig sollte die Idee eines Jugendparlaments gemeinsam mit dem Kinder- und Jugendbüro erörtert werden. Denn die Jugendlichen stellen knapp ein Fünftel der Potsdamer Bevölkerung (ca. 21.000 sind zwölf Jahre oder jünger bzw. 30.000 unter 18 Jahre alt). Schildbürgerstreiche – wie eingezäunte Spielplätze – darf es in Potsdam nicht mehr geben.

# Miete ist nur ein Bruchteil der Kosten des Wohnens



Lars Eichert

Die Kosten des Wohnens sind in einer wachsenden Stadt ein wichtiges Thema, denn durch den stetigen Zuzug steigt auch die Nachfrage nach Wohnraum. Werden nicht ausreichend neue Wohnungen geschaffen, würden die Mieten dann noch weiter steigen. Gut also, dass die Landeshauptstadt Potsdam mit der ProPotsdam neue Wohnungen baut. Wichtig aber auch, dass hier alle Akteure des Wohnungsmarktes mit einbezogen werden, denn die Stadt allein kann nicht alle benötigten Wohnungen bauen. Es wäre auch nicht ihre Aufgabe, denn der Auftrag aus der Kommunalverfassung des

Landes Brandenburg ist: „die Verbesserung der Wohnungen der Einwohner durch den sozialen Wohnungsbau und die Förderung des privaten und genossenschaftlichen Bauens sowie durch eine sozial gerechte Verteilung der Wohnungen“. Es ist also gerade der soziale Wohnungsbau, der in erster Linie durch die Landeshauptstadt erfolgen sollte. Für den übrigen Wohnungsmarkt besteht die Aufgabe im Fördern des Bauens durch Genossenschaften und private Eigentümer. Hierfür hatte die Fraktion CDU/ANW den von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Antrag für ein Bündnis für Wohnen und zur Stärkung des sozialen Wohnungsbaus eingebracht. Die Grundlagen sind damit geschaffen, das Bündnis wurde ins Leben gerufen und erste Handlungsempfehlungen liegen vor. Es ist nun an der Verwaltung die Förderung des Bauens durch Genossenschaften und private Eigentümer umzuset-

zen, nicht nur für den Mietwohnungsbau, sondern auch für das Wohnen in den eigenen vier Wänden.

Bei der ganzen Diskussion um die steigenden Mieten wird jedoch ein wesentlicher Anteil der Kosten des Wohnens gerne außen vor gelassen: die Nebenkosten. Unabhängig davon, ob man in den eigenen vier Wänden wohnt oder seine Wohnung mietet, hat man diese Kosten für Strom, Wasser- und Abwasser, Müll, Straßenreinigung und viele andere Positionen zu tragen. Bei verschiedenen Untersuchungen ist die Landeshauptstadt Potsdam bei diesen Kosten leider nicht unter den günstigsten, sondern unter den teuersten Städten im bundesweiten Vergleich gelandet. Bei dem Abwasserranking hatte die Landeshauptstadt den traurigen Spitzenplatz als teuerste Kommune in Deutschland belegt. Natürlich kann man jetzt über die Ursachen streiten und der eine oder andere wird vielleicht auch die Untersuchung und deren Ergebnisse in Frage stellen. Besser und im Interesse der Bürger wäre aber eine Diskussion darum, wie man die Versorgungsleistungen der Stadt günstiger anbieten kann. Ein erster Schritt wäre es, wenn bei den Beschlussvorlagen von der Verwaltung aufgezeigt wird, ob der Beschluss finanzielle Auswirkungen für den Bürger hat. Die übliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen bei den Beschlussvorlagen bezieht sich nämlich nur auf den Haushalt der Landeshauptstadt, sowie die Frage, ob es sich um eine Pflichtaufgabe handelt und ob die Maßnahme bereits in den Haushalt eingestellt ist. Wer Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger und die Entscheidungen der Stadtverordneten schaffen will, sollte zusätzlich ausweisen, ob durch diese Beschlussvorlage weitere Kosten für den Bürger entstehen und wie hoch diese gegebenenfalls sind. Die CDU/ANW Fraktion wird sich dafür stark machen, dass die Landeshauptstadt die Rankings als Ansporn für eine bessere Positionierung bei zukünftigen Untersuchungen begreift. Mit der notwendigen Transparenz und dem Willen, die Kosten zu senken, sollte dies zu schaffen sein.



Die Stadt muss neue Wohnungen bauen, damit die Mieten nicht weiter steigen. Doch auch die Nebenkosten durch Versorgungsleistungen müssen erschwinglich sein.

## Wir wollen Potsdam seniorengerecht gestalten

Der auf der Homepage der Landeshauptstadt Potsdam veröffentlichte Seniorenplan 2016 hatte im Juli 2016 Redaktionsschluss. Inzwischen liegen der 7. Altenbericht der Bundesregierung, mit dem Schwerpunktthema „Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften“, Erkenntnisse und Empfehlungen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie Forderungen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren Organisationen vor. Diese Erkenntnisse und Empfehlungen müssen bei der Überarbeitung des Potsdamer Seniorenplans Berücksichtigung finden. Die Seniorenunion der CDU hat sich intensiv mit dem Seniorenplan der LHP befasst und schlägt vor zu prüfen:

■ ob – wie in anderen Städten erfolgreich praktiziert – präventive Hausbesuche bei älteren Men-

schen kombiniert mit Information zu Hilfe-, Pflege- und Unterstützungsangeboten der Stadt Potsdam eingeführt werden können.

■ wie eine Beratungsstelle für Senioren zur Thematik „Besser Leben im Alter durch Technik“ realisiert werden kann.

■ in Zusammenarbeit mit den Potsdamer Wohnungsgenossenschaften anzustreben, dass bei Sanierungen und Modernisierungen insbesondere von kleinen Genossenschaftswohnungen diese seniorengerecht ausgeführt werden.

■ beim Punkt Vorsorge als weitere regelmäßige Prävention von Osteoporose – Knochendichtmessungen (insbes. bei Seniorinnen) sowie Krebsvorsorge aufzunehmen.

Die CDU/ANW Fraktion fordert darüber hinaus, dass durch die Landeshauptstadt und deren Gesellschaften bei gefördertem sowie frei finanziertem Woh-

nungsbau alten- und behindertengerechte Wohnungen gemäß deren statistischen Bevölkerungsanteil gebaut werden. Die Praxis zeigt, dass barrierearme Wohnungen ausreichen und nicht unbedingt teure barrierefreie Wohnungen, wie die Brandenburgische Bauordnung sie vorsieht, benötigt werden.

Die Pro Potsdam hat bereits erste Anstrengungen in diese Richtung unternommen. Es ist jetzt wichtig, diese Ansätze für die Zukunft festzuschreiben und auszubauen. Darüber hinaus fordern wir, sicherzustellen, dass diese Wohnungen so auf dem Markt angeboten werden, dass die Zielgruppe Senioren auch vorrangig Zugriff darauf erhält. Wir können unseren Senioren nur Wohnraum im gesamten Stadtgebiet bieten, wenn wir jetzt die Weichen richtig stellen. Dieses Thema ist für uns noch nicht erledigt.

Matthias Finken

# Stadtteilwerkstatt Bornstedt/Bornstedter Feld

## Die Entstehung eines richtigen Kiez' muss gefördert werden

Am 17. Juni 2017 fand die erste Stadtteilwerkstatt in Bornstedt statt. Die Idee dazu entstand im Rahmen der Zusammenarbeit der Interessenvertretung Bornstedter Feld mit der Fachhochschule, der Stadtteilinitiative Bornstedt e.V. und den StadtrandELFen e.V. Wesentlich beteiligt war auch der Entwicklungsträger Bornstedter Feld und die Werkstatt für Beteiligung der Landeshauptstadt Potsdam, die mit ihrem Fachwissen die Organisation und Durchführung übernommen hatte.

Ziel der Werkstatt war es, mit den Bürgern Bornstedts und des Bornstedter Feldes ins Gespräch über die Entwicklung des neu entstehenden Stadtteils und dem Zusammenwachsen mit Bornstedt zu kommen, deren Ideen und Anregungen aufzunehmen, zu dokumentieren und den zuständigen Stellen weiterzuleiten. Eingeladen waren auch die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung. Die CDU/ANW-Fraktion nahm mit Unterstützung des CDU-Stadtbezirks-

verbandes Innenstadt teil. Über 150 Bewohner kamen und arbeiteten aktiv in den Themenräumen - die fachkundig geleitet wurden - mit. Die Ergebnisse wurden vollständig dokumentiert und werden zurzeit von der Werkstatt für Beteiligung zusammen mit den Akteuren zusammengefasst. Die Vertreter der CDU/ANW-Fraktion haben aus den Themenräumen folgende Ergebnisse mitgenommen:

Hauptthema in allen Themenräumen war die Gestaltung eines lebendigen Kiez'. Dazu fehlen jedoch die räumlichen Voraussetzungen, wie ein Bürgertreff, damit sich ein soziales Miteinander überhaupt entwickeln kann. Dazu gehört auch mehr Aufenthaltsqualität durch Erweiterung des Angebotes Cafés, Kleingewerbe, Gastronomie, usw. Der fehlende Jugendclub war ebenfalls ein wichtiges Thema, wie die Instandsetzung des Ribbeck-Ecks, nicht ausreichende Kitaangebote und ein fehlender Kinderarzt.



Von der CDU/ANW-Fraktion haben Clemens Viehrig, Björn Karl, Matthias Finken und Matthias Kaiser teilgenommen

Kindern und Jugendlichen waren die Erweiterung des Sportplatzangebotes, mehr und gut zugängliche Freiflächen (Bolzplätze) sowie die Durchquerung des Volksparks am Abend wichtig.

Für Senioren wurde der Bedarf an Outdoor-Sportgeräten genannt und für den Bereich Verkehr wurden die weitere Verbesserung des ÖPNV Angebotes auch für den westlich des Volksparks gelegenen Teils und ein Park & Ride Platz in Bornstedt genannt. Eine Verbesserung der Koordination aller Aktivitäten im Stadtteil verspricht man sich von einem Stadtteilmanager, bei dem alle Informationen zusammenlaufen. Im Zuge der Debatte über die Zukunft der Biosphärenhalle erhofft man sich eine Lösung für die fehlende soziale Infrastruktur.

Die Stadtteilwerkstatt war ein großer Erfolg und fand in einer angenehmen und aufgelockerten Atmosphäre statt. Die gründliche inhaltliche Vorbereitung durch alle Akteure und die gute Organisation durch die Werkstatt für Beteiligung machten die Veranstaltung zu einem erlebnisreichen Tag mit gemeinsamem Frühstück und Mittagessen sowie mit einem musikalischen Ausklang. Die CDU/ANW-Fraktion wird sich intensiv mit den Anregungen befassen und insbesondere bei dem beschlossenen Werkstattverfahren für die Nutzung, bzw. Nachnutzung der Biosphärenhalle und den umgebenden Flächen für die Schaffung eines Stadtteilzentrums zur Entwicklung des soziokulturellen Lebens in Bornstedt einsetzen.

### Impressum

#### Herausgeber:

CDU/ANW-Fraktion in der SVV Potsdam  
Stadthaus, Raum 3.093  
Friedrich-Ebert-Straße 79-81, 14461 Potsdam  
cdu-anw-stadtfraktion@rathaus.potsdam.de

#### Gesamtherstellung:

GS Druck und Medien GmbH, Potsdam

#### V. i. S. d. P.

Ulrike Heuer-Serger, Geschäftsführerin  
Die Verfasser sind für den Inhalt der namentlich gekennzeichneten Beiträge verantwortlich

**Fotos:** CDU/ANW-Fraktion (Clemens Viehrig, Matthias Finken, Ulrike Heuer-Serger),



Bei der Stadtteilwerkstatt Bornstedt wurden viele Ideen für die Gestaltung eines lebendigen Kiez gesammelt.

Matthias Finken

# Kommunale Kriminalprävention

## Bürger unterstützen unsere Sicherheitskräfte

Für die SVV im September haben wir einen Antrag mit dem Titel „Sicherheitspartnerschaft in Potsdam“ eingereicht. Was ist damit gemeint? Es geht um Kommunale Kriminalprävention – die Verhinderung von Straftaten in unserem direkten Umfeld.

Kommunale Kriminalprävention ist essentieller Bestandteil der Brandenburgischen Sicherheitsarchitektur und basiert auf der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung für die Vorbeugung von Straftaten. Das Ministerium des Inneren und für Kommunales hat dazu am 01. Juni 2017 ein Eckpunktpapier herausgegeben, in dem die Aufgabe der Kommune und die Möglichkeiten im Einzelnen dargestellt werden. Im Kapitel "Leitbilder und Ziele" wird vor allem die kommunale Verantwortung herausgestellt, da die Entstehung von Kriminalität einen hohen lokalen Bezug hat. Besonders aufgeführt ist die Bürgermeisterpflicht: „Das Engagement des Hauptverwaltungsbeamten, z.B. in Form der Übernahme des Vorsitzes eines Präventionsnetzwerkes, gilt als wichtige Erfolgsvoraussetzung. Der (...) Oberbürgermeister (...) ist beispielsweise befugt, die Entscheidungen des Gremiums

ressortübergreifend in den Fachverwaltungen durchzusetzen (...).“ Angesprochen wird jedoch auch die Bürgerpartizipation: Sicherheitspartner sind auch sozial engagierte Einwohnerinnen und Einwohner einer Gemeinde, die in der Wahrnehmung ihrer persönlichen Rechte (sog. Jedermannsrechte) und der sozialen Verantwortung für die Gemeinschaft unbewaffnet und ohne hoheitliche Befugnisse, im Zusammenwirken mit anderen, für die örtliche Sicherheit aktiv tätig werden. Dies wird vom Innenminister des Landes Brandenburg, dem für Potsdam zuständigen Polizeipräsidenten sowie dem Leiter der Polizeidirektion Potsdam ausdrücklich unterstützt.

In Potsdam gibt es dieses bürgerschaftliche Engagement bereits in Groß Glienicke und in der Kolonie Daheim. Die CDU/ANW-Fraktion hat jetzt diesen Antrag gestellt, damit sich die Stadtverordnetenversammlung ausdrücklich hinter das Konzept des Landes stellt und deutlich macht, dass wir in Potsdam auch dieses ehrenamtliche bürgerschaftliche Engagement begrüßen und unterstützen – für mehr Sicherheit in unserer Stadt.